

Antrag

**der Abgeordneten Silke Seif, Dennis Gladiator, Dennis Thering, Stephan Gamm,
Birgit Stöver (CDU) und Fraktion**

Betr.: Hamburgs Kinder und Jugendliche in den Fokus rücken! Therapeutische Mehrbedarfe erfassen

Hamburgs Kinder und Jugendliche haben besonders unter der Corona-Pandemie gelitten, dies bestätigt auch die von der Sozialbehörde vorgelegte UKE-Studie „Psychosoziale Gesundheit von Hamburger Kindern und Jugendlichen im Corona-Frühsummer 2020“ Ende September 2021 (vergleiche <https://www.hamburg.de/contentblob/15377938/f177026f34614b8ae8c9661a9b4e2794/data/copsy-bericht.pdf>). Wie schon die bundesweit durchgeführten COPSY-Studien (vergleiche https://www.uke.de/allgemein/presse/pressemitteilungen/detailseite_96962.html), kommt auch die Hamburg-Studie zu dem Ergebnis, dass sich die Lebensqualität der Kinder und Jugendlichen während der Corona-Pandemie vermindert hat.

Die durch die Corona-Pandemie verursachten seelischen Belastungen von Kindern und Jugendlichen sind zwar nicht gleichzusetzen mit einer psychischen Erkrankung. Dennoch sollten alle Anzeichen ernst genommen und vorbeugend agiert werden. Ein wichtiger Baustein zur Sicherstellung der psychosozialen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stellt die ausreichende Bereitstellung von ambulanten Therapieplätzen dar. Beklagt wird der Psychotherapienotstand in der Fachszene seit Langem. Die Sozialbehörde muss deshalb in Gesprächen mit der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg (KVHH) darauf hinwirken, dass zusätzliche Therapieplätze für Kinder und Jugendliche durch prioritäre Zulassungsverfahren von Kinder- und Jugendpsychotherapeuten geschaffen werden.

Zudem müssen die Corona-Folgen auf die motorische Entwicklung von Kindern und die entsprechenden therapeutischen Mehrbedarfe in den Bereichen Ergotherapie, Heilpädagogik, Physiotherapie und Psychomotorik von der Sozialbehörde abgefragt und zentral erfasst werden. Es gilt, kurz- und mittelfristig den Mangel an therapeutischen Fachkräften abzubauen, auch um längere Wartezeiten auf einen Ersttermin zu verringern und mehr Therapieplätze zu schaffen. Laut Antwort auf eine Schriftliche Kleine Anfrage der CDU-Fraktion (Drs. 22/4891) lägen der zuständigen Behörde sowie der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg (KVHH) zu den Wartezeiten in der ambulanten psychiatrischen beziehungsweise kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung keine belastbaren Informationen vor. Dies sollte aus Sicht der CDU-Fraktion zur Aufarbeitung und Abmilderung der Corona-Folgen für Kinder und Jugendliche schleunigst geändert werden.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. in Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg (KVHH) die Wartezeiten in der ambulanten psychiatrischen beziehungsweise kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung zu erheben, auszuwerten und daraus entscheidende Schlüsse zu ziehen;

2. in Gesprächen mit der KVHH darauf hinzuwirken, dass zusätzliche Therapieplätze für Kinder und Jugendliche durch prioritäre Zulassungsverfahren von Kinder- und Jugendpsychotherapeuten geschaffen werden;
3. die Corona-Folgen auf die motorische Entwicklung von Kindern und die entsprechenden therapeutischen Mehrbedarfe in den Bereichen Ergotherapie, Heilpädagogik, Physiotherapie und Psychomotorik abzufragen und zentral zu erfassen;
4. der Bürgerschaft bis zum 31. Dezember 2021 zu berichten.